

Die Antwort von Michael Gahler – Abgeordneter des Europäischen Parlaments (CDU / Fraktion der Europäischen Volkspartei)

Vielen Dank für Ihr ausführliches und engagiertes Schreiben zur Lage im Sudan. Sie sprechen zentrale Punkte an, die auch aus meiner Sicht den Kern dieses Konflikts betreffen.

Seit April 2023 hat sich der Krieg im Sudan global betrachtet zur derzeit schwerwiegendsten humanitären Katastrophe entwickelt. Insbesondere die Gewalt in Darfur weist auf systematische ethnische Verfolgung und schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit hin. Dass dieses Geschehen erst spät breitere mediale Aufmerksamkeit erfährt, steht in einem bedrückenden Missverhältnis zum Ausmaß des menschlichen Leids.

Der Konflikt ist längst kein rein innerstaatlicher Machtkampf mehr, sondern trägt deutliche Züge eines Proxy-Krieges. Weder die sudanesischen Hauptkriegsakteure noch ihre externen Unterstützer zeigen derzeit ein ernsthaftes Interesse an einer Beendigung der Gewalt. Der Zugang zu Gold, Rohstoffen und strategischen Einflusszonen – insbesondere am Roten Meer – trägt maßgeblich zur Verlängerung des Krieges bei.

Richtig ist auch: Die Rolle der Europäischen Union ist begrenzt. Deutschland und die EU bewegen sich außenpolitisch in einem Spannungsfeld zwischen wertegeleiteter Politik und gewichtigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen, insbesondere gegenüber Partnerstaaten im arabischen Raum. Diese Interessen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass schwerste Menschenrechtsverletzungen politisch ausgeblendet oder relativiert werden.

Zu den ausländischen Akteuren ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Es existieren derzeit keine gerichtsfesten, unumstrittenen Beweise, die Waffenlieferungen einzelner Staaten zweifelsfrei belegen. Gleichzeitig liegen belastbare Indizien sowie Berichte von UN-Expertengremien, Nichtregierungsorganisationen und Nachrichtendiensten vor, die auf eine substantielle externe Unterstützung der Kriegsparteien hindeuten. Dies betrifft neben der Rolle Russlands – insbesondere durch das Afrikacorps – auch regionale Akteure, darunter die Vereinigten Arabischen Emirate, gegen die entsprechende Vorwürfe wiederholt erhoben wurden und die Gegenstand laufender internationaler Bewertungen sind. Ebenso ist der zunehmende Einfluss Irans als militärischer Unterstützer der sudanesischen Streitkräfte seit Ende 2023 ein relevanter Faktor, der stärker berücksichtigt werden muss.

Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass Forderungen nach umfassenden Waffenembargos auf internationaler Ebene bislang an fehlenden rechtlichen Grundlagen und politischen Mehrheiten scheitern. Ohne hinreichende Beweisführung, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, bestehen für Bundesregierung und EU-Kommission nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten.

Das Europäische Parlament hat dennoch mehrfach versucht, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Seit Beginn des Krieges haben wir drei Resolutionen verabschiedet, zuletzt im November 2025 mit großer Mehrheit, in denen vor einem drohenden Völkermord gewarnt, und gefordert wird humanitäre Hilfe auszuweiten und Sanktionen zu verhängen.. Leider ist es dabei nicht gelungen, alle externen Hauptakteure namentlich zu benennen – ein Ausdruck unterschiedlicher politischer Erwägungen, die im Parlament derzeit vorherrschen. Gleichwohl bleibt das Parlament die deutlichste Stimme innerhalb der EU, wenn es um die Benennung von Verantwortung und die Forderung nach Konsequenzen geht.

Ich danke Ihnen für Ihre klare Analyse und Ihr Engagement und versichere Ihnen, dass ich Ihre Anliegen sehr ernst nehme.

Mit freundlichen Grüßen,

Michael Gahler